

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

7.1.1928 (No. 6)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postabteilung
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. M. C.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 cm Höhe und ein Quadratmeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25 auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wirtschaftsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Ein Bund zur „Erneuerung des Reichs“ Für Stärkung der Reichsgewalt

W.B. Berlin, 7. Jan. (Tel.) In der Berliner Industrie- und Handelskammer sind heute vormittag etwa hundert führende Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft aus allen Teilen des Reiches zur Konstituierung eines Bundes zur Erneuerung des Reiches zusammengetreten, der, wie es in dem u. a. von Dr. Luther unterzeichneten Einladungsschreiben heißt, sich die Aufgabe stellt, Mitarbeit an der Beseitigung der starken inneren Reibungen zu leisten, unter denen nicht nur das Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern, sondern unser ganzes öffentliches Leben in Deutschland seit langem leidet. Der Zusammenschluß erfolgt unter Ausschaltung jeder parteipolitischen Richtung oder berufständischen Einstellung.

Der vorläufige Vorstand setzt sich zusammen aus: Graf Bernstorff, v. Henning, Porion, Henne, Dr. Jänede, Dr. Hans Luther, Dr. Carl Petering, Reusch, Graf v. Roedern und v. Wilimowski. Er erlät einen Aufruf, in dem es zur Kennzeichnung der Ziele des Bundes u. a. heißt:

„Aus geschichtlichen Werden erwachsen Aufgaben des Reiches, für die in Sturmjahren eine verfassungsmäßige Formung nicht gelingen konnte. An dieser Störung gesunden Wachstums frant unsere Zeit. Der heilige Wille, endlich die volle Einheit des Reiches zu schaffen, begegnet besorgter Abwehr, die gesunde Eigenart vor vermeintlicher Zerstörung schützen will. Diesen Streit gilt es zu enden!

Als Ergebnis der öffentlichen Erörterung steht heute fest, daß wirkliche Beilegung des Kampfes nur in umfassender Lösung zu finden ist. Durch eine klare Abgrenzung der strittigen Belange und durch organische Gliederung der Verwaltung ist daher eine Erneuerung des Reiches herbeizuführen, die heute als geschichtliche Forderung vor uns steht. In der Stunde der Gefahr kann es keine andere Lösung geben, als Stärkung des Reiches. Dem Reich muß in allen für die Volksgesamtheit wichtigen Fragen die Entscheidung zustehen. Neben der Führung in der Außenpolitik, der Pflege des Rechts und dem Oberbefehl über die Wehrmacht gebührt ihm die Finanzhoheit und die Regelung aller Fragen, die für die deutsche Wirtschaftsbilanz von Bedeutung sind. Dieser Festigung der Reichsgewalt muß eine hohe Selbstverantwortlichkeit entsprechen, mit der die Glieder des Reiches die ihnen zufallenden Aufgaben erleben. Die auf dieser Grundlage durchführbare Vereinfachung der gesamten Verwaltung ermöglicht wesentliche Ersparnisse in den Ausgaben der öffentlichen Hand und damit eine Senkung der unerträglichen Steuern. Es bedarf umfassender Vorarbeiten, um einen sicheren Weg zur Beseitigung der anerkannten Mißstände zu finden, aber Eile tut Not! Darum rufen wir den Regierungen des Reiches und der Länder zu: Ans Werk! Fort mit dem Streit um Einzelfragen! Stellt die Einheit des Reiches voran! Das dritte Reich gilt es zu zimmern, das die ganze Nation in gesunder Gliederung zusammenschließt, nach dem Worte des Freiherrn von Stein: „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland!“ Dieser Aufruf trägt die Unterschrift von etwa 200 Persönlichkeiten aus allen Teilen des Reiches.

Neue Verschärfung in Rheinland-Westfalen

Die Differenzen, die hinsichtlich der Durchführung des Arbeitszeitgesetzes für die Metallindustrie bestehen, haben zu einer Verschärfung der Lage in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie geführt.

Das Arbeitsgericht Bochum hatte am Donnerstag die Aufhebung seiner einstweiligen Verfügung beschlossen, wonach die Werke Bochumer Verein und Deutsche Edelstahlwerke gehalten waren, den Abschlußvertrag nach der Arbeitszeitverordnung und den Schiedsspruch vom Dezember sofort durchzuführen. Der Beschluß erfolgte aus formalrechtlichen Gründen. Der Christliche und auch der Deutsche Metallarbeiterverband hatten gegen die einzelnen Firmen geklagt, während die eingereichte Klage gegen den Arbeitgeberverband gerichtet werden mußte. In eine sachliche Beratung wurde nicht eingetreten. Nach einem einmütigen gefaßten Beschluß der Arbeiter verließen jedoch am Freitag nachmittag die Arbeiter der Deutschen Edelstahlwerke und der Bochumer Eisen- und Hüttenwerke nach Ablauf der tariflichen Arbeitszeit laut Schiedsspruch die Betriebe.

Zur Klärung der neuen Spannung in der Schwerindustrie hat das Reichsarbeitsministerium einen besonderen Vertreter in das Großesfeldgebiet Nordwest entsandt. Dieser wird mit den Gewerkschaftsbeamten in Verbindung treten, um vor allem den Tatbestand der Differenzen festzustellen.

Bei der Firma Krupp wurde am Freitag, nach mehrmaligen Verhandlungen zwischen Direktorium und Betriebsrat, eine Einigung erzielt. Die Firma führt ab Montag, den 9. Jan., die im Schiedsspruch vorgesehene Arbeitszeit durch, weshalb alle seitens der Gewerkschaften getroffenen Maßnahmen rückgängig gemacht werden. Die Vertreter des Christlichen und des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärten, die beim Arbeitsgericht in Essen anhängig gemachten Klagen zurückziehen.

Fast 20 Millionen RM Defizit in Hamburg. Nach einer Meldung des „N. Z.“ aus Hamburg beträgt das einstweilen zu berechnende Defizit im Hamburger Staatshaushalt für 1927 19,05 Millionen Reichsmark.

Letzte Nachrichten

Deutschland und die neue Reparationsdebatte

M. Berlin, 7. Jan. (Priv.-Tel.) In einem Zusammentritt des Reichskabinetts oder des sog. Reparationsausschusses ist vorläufig nicht zu denken, da der Reichstagskanzler erst am 12. Januar aus Sigmaringen wieder in Berlin eintrifft, der Reichsfinanzminister sogar erst am 14. Januar, und in den nächsten Tagen dann die Länderkonferenz stattfindet, die gerade diese beiden Ministerien besonders in Mitleidenschaft zieht. Soweit wir unterrichtet sind, legt man gerade in den amtlichen Kreisen den bisherigen Erörterungen über eine mögliche Revision des Dawesplans nicht die Bedeutung bei, die in der auswärtigen Presse vielfach betont wird. Man sieht vorläufig jedenfalls keine Möglichkeit zu einer Wiederaufrollung der Frage, namentlich weil die Schwierigkeit für die Begehung der Obligationen — die der Eisenbahn- und der Industrieobligationen war ja schon in Thoiry zwischen Briand und Stresemann erörtert worden — nicht geringer geworden sind, die Begehung der Obligationen aber den Kernpunkt der ganzen Frage enthält.

Der Nachklang zur Berliner Silvesterfeier

M. Berlin, 7. Jan. (Priv.-Tel.) Die angekündigte Erklärung im Pariser „Journal“ ist nunmehr erfolgt. Sie ist allerding recht mager ausgefallen. Es wird darin gesagt, daß man den Artikel des Herrn Blun in Deutschland falsch gedeutet habe und daß die Redaktion des „Journal“ darüber sehr erstaunt sei. Es habe ihr unbedingt fern gelegen, die Ehrenhaftigkeit der deutschen Frauen verletzen zu wollen. Einige kleine Begebenheiten der Neujahrsausgelassenheiten seien behandelt worden, die Verallgemeinerung aber, die man in der deutschen Presse gemacht habe, sei absurd.

Der Streit hat sich dadurch in gewissem Sinne verschärft, daß der Verband der auswärtigen Journalisten in Berlin in einer Erklärung sagt, daß er keiner Zensur unterliege und ferner, daß Herr Blun schon im Oktober auf die Wiederlandabatur als Vorsitzender verzichtet habe. Wie wir dazu hören, wird Blun, da die Neuwahl am 14. Januar stattfindet, heute, um Genugtuung zu geben, den Vorstoß niederlegen.

Vor einer neuen Diskontherabekung in Frankreich?

M. Berlin, 7. Jan. (Priv.-Tel.) Nach Meldungen aus Paris rechnet man in dortigen Wirtschaftskreisen mit der Wahrscheinlichkeit, daß am Dienstag eine neue Diskontherabekung erfolgen wird, weil die Kapitalflüssigkeit sich überhaupt nicht mehr eindämmen läßt. Der Privatdiskont ist bereits auf 3 Prozent heruntergegangen.

Rückkehr Houghtons nach London

W.B. New York, 6. Jan. (Tel.) Der amerikanische Votschafter in London, Houghton, fährt heute abend nach England ab.

Aufstandsbevegung im Missionsgebiet von Belgisch-Kongo

W.B. Brüssel, 7. Jan. (Tel.) Nach Berichten von Reisenden, die aus dem Kongogebiet in Antwerpen eingetroffen sind, hat sich der Stamm der Bogol in der Gegend südlich von Kifwit Kifandji im Missionsgebiet von Kwango erhoben und mehrere Missionare getötet. Im Kolonialministerium erklärte man, noch nichts über diese Zwischenfälle zu wissen.

Schlichtungsverhandlungen für die Reichsangeestellten. Wie aus Berlin gemeldet wird, wird der Arbeitsminister nach seiner heute erfolgten Rückkehr vom Urlaub umgehend die von den Vertretern der Reichsangeestellten beantragten Schlichtungsverhandlungen einleiten.

Das Kammergericht auf der Rasputin-Vorstellung. In dem Rechtsstreit zwischen dem Exkaiser und der Rasputinbühne, der gegenwärtig vor dem Berliner Kammergericht schwebt, hat der Urheberschaftsrat des Kammergerichtes am Freitag der Rasputin-Vorstellung beigezogen, um sich ein Bild darüber zu machen, ob die Darstellung des Exkaisers für diesen kränkend ist. Zu diesem Zweck wurde ausnahmsweise die Rolle des Kaisers gespielt, dessen Darstellung bekanntlich durch Landgerichtsbeschluß verboten worden war.

Die Regierungsbildung in Danzig. Die vor einigen Tagen abgeschlossenen Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten, Zentrum und Liberalen über die Bildung einer Regierungskoalition sind auf Anregung des Zentrums wieder aufgenommen worden und haben am Freitag zu einer grundsätzlichen Verständigung in allen wesentlichen Punkten geführt. Bei der geplanten Änderung des Senatsystems hat man sich im großen und ganzen eng an die Hamburger Verfassung angelehnt.

* Die Reparationsfrage und Amerika

Seit einiger Zeit wiederholt sich alle paar Wochen das selbe Schauspiel: in großer Aufmachung erscheint in der Presse des In- und Auslandes die Meldung, die nordamerikanische Regierung habe nun endlich eingesehen, daß sie in der Angelegenheit der interalliierten Schulden und im Zusammenhang damit in der Angelegenheit der deutschen Reparationen etwas tun müsse, und werde deshalb eine Konferenz einberufen, auf welcher das ganze Problem besprochen werden solle. Kaum ist die Nachricht veröffentlicht und dem Bewußtsein des Zeitungslers eingegangen, so erscheint prompt das Dementi, dahingehend, daß Nordamerika sich nach wie vor weigere, eine Verkopplung beider Fragen, der Frage der interalliierten Schulden und der Frage der Reparationen, zuzulassen.

Auch vor zwei Tagen meldete das Wolffbüro aus Washington, daß die nordamerikanische Regierung eine umfassende Schulden- und Reparationskonferenz vorbereite, und zwar trage sich die Regierung der Vereinigten Staaten bereits mit einem ganz bestimmten Regelungsplan. Als Hauptpunkte dieses Plans wurden folgende bezeichnet: Festsetzung einer endgültigen Gesamtsumme der Reparationen, die erheblich niedriger sein würde, als die Summe der im Dawesplan vorgesehenen Jahreszahlungen, Verkauf größerer Posten von Obligationen zu sofortigen Leistungen an Frankreich, Ausgabe neuer deutscher Obligationen zugunsten der Vereinigten Staaten zum Zweck einer Abzahlung der interalliierten Schulden an Amerika und mögliche Veridlichung der finanziellen Ansprüche Englands an Deutschland.

Ein solches Programm sieht ja sehr schön aus. Und, wenn allenthalben die Vernunft regierte, würde man wohl schon längst zu einer ähnlichen Abmachung gelangt sein. So weit sind wir aber leider noch nicht. Denn schon liegt wieder das übliche Dementi aus Washington vor. Und, wenn sich dieses Dementi auch keineswegs auf alle Punkte bezieht, so läßt es doch von neuem klar erkennen, daß Nordamerika nach wie vor eine Verkopplung der Schuldenfrage und der Reparationsfrage nicht wünscht. In letzter Zeit ist von Amerika wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß es die eigentlichen Schulden aus dem Kriege sowieso schon den europäischen Schuldnerstaaten erlassen habe, daß die jetzt noch bestehenden und unbedingt abzutragenden Schulden Nachkriegsschulden seien.

Man wird den Standpunkt der nordamerikanischen Regierung zunächst durchaus verstehen können. Aber ebenso wird man in Amerika begreifen müssen, daß das Welt-schuldenproblem nur dann gelöst werden kann, wenn Amerika von sich aus die Initiative ergreift und in der Tat Vorschläge macht, die sich auf der Linie des eben mitgeteilten Regelungsplanes bewegen.

Wichtig ist es, angesichts jenes Dementis, festzustellen, was von amerikanischer Seite nicht dementiert worden ist. Und da sehen wir denn, daß Nordamerika heute wie gestern die Auffassung vertritt, es sei nunmehr höchste Zeit, daß die Endsumme der deutschen Reparationsverpflichtungen festgesetzt werde. Deutschland werde ohne eine solche Festsetzung niemals instande sein, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Was die Summe selbst betrifft, so wird sie nach amerikanischer Ansicht erheblich niedriger sein müssen als 33 Milliarden Dollar, d. h. als ein Betrag, der doppelt so hoch ist, wie die gesamte fundierte Schuld Amerikas.

Über die Maßnahmen der nächsten Zukunft hat sich jedoch der amerikanische Staatssekretär sehr zurückhaltend geäußert. Unter keinen Umständen sei zur Zeit an die Einberufung einer großen, allgemeinen Schulden- und Reparationskonferenz zu denken. Und nach der ausdrücklichen Feststellung Wellons ist in den Unterredungen zwischen ihm und dem Reparationsagenten über die Frage der interalliierten Schulden überhaupt nicht gesprochen worden.

So ergibt sich folgender Gesamteindruck: die bessere Einsicht, daß die Endsumme der Reparationen baldigt und mit einer vernünftigen Ziffer festgesetzt werden muß, hat in Amerika offenbar Heimatrecht erworben. Mehr aber auch nicht. Washington möchte sowohl an dem Dawesabkommen nicht rütteln, wenigstens nicht soweit dieses als Ganzes in Betracht kommt, und es wünscht auch nicht,

daß die beiden Probleme, das der interalliierten Schulden und das der Reparationen, auf dem Umwege über ein ganz bestimmtes Entgegenkommen Amerikas zusammen erledigt werden.

Politische Neuigkeiten

Der argentinische Außenminister in Berlin

Auf einem von der Reichsregierung am Freitag in Berlin gegebenen Frühstück, wurde in herzlichen Worten des Reichspostministers Dr. Schäkel und des argentinischen Außenministers Dr. Gallardo die deutsch-argentinische Freundschaft gefeiert. Reichspostminister Schäkel begrüßte den argentinischen Außenminister. Seit den ruhmvollen Tagen, in denen Argentinien sich die Freiheit erkämpfte, habe Deutschland die beispiellose Entwicklung Argentiniens mit der aufrichtigsten Sympathie verfolgt. Es habe sich eine wahre Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern entwickelt, welche auch durch die Stürme der letzten Jahre nicht erschüttert werden konnte. Dieser gegenseitigen Sympathie, verbunden mit der Argentinien eigentümliche großzügige Gastlichkeit, sei es zu verdanken, daß im Laufe der Jahrzehnte so viele Deutsche, die sich in Argentinien niederließen, dort eine zweite Heimat fanden. Dem Austausch materieller Güter folgte bald derjenige kultureller Wechselbeziehungen. Es sei der aufrichtige Wunsch der deutschen Regierung, daß sich diese politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen immer mehr vertiefen und daß wir berufen sein mögen, gemeinschaftlich an den großen Aufgaben zu arbeiten, die eine endgültige Befriedung der Welt zum Ziele haben.

Minister Gallardo dankte für diese Worte der Sympathie. Das argentinische Volk bewundere den hohen Kulturgrad und die hervorragenden Eigenschaften des deutschen Volkes. In Argentinien werde allen deutschen Vertretern der Wissenschaft, der Kunst oder des deutschen Vaterlandes ein Vorkursplatz bei den dargebrachten Ehrerbietungen eingeräumt. Diese unmanierbare Freundschaft begründete sich auch auf ein ausgeprägtes Gefühl gegenseitiger Hochachtung. Die zur Befriedung der Welt von den Staatsmännern Deutschlands geleisteten Vorarbeiten bewegen sich in vollkommener Übereinstimmung mit der internationalen Überlieferung Argentiniens. Hoher Wert habe für Argentinien der direkte und heutige Kontakt mit den deutschen Gelehrten und wissenschaftlichen Einrichtungen. Ganz besonders erinnere ich daran, daß für den Überschuß ihrer Arbeiterschaft und gesunden Bevölkerung kein Land der Welt bessere Aussichten als unser ausgebeutetes und reiches Gebiet darbietet, wo das Klima, die Lebensgewohnheiten, die unermesslichen, noch ungehobenen Schätze, die gerechte Gesetzgebung allen denjenigen die Segnungen des Friedens bieten, die guten Willens sind und sich in unserem Lande niederlassen wollen.

Nach Abschluß des Frühstücks entwickelte sich ein lebhafter Gedankenaustausch der deutschen Teilnehmer mit den argentinischen Gästen.

Nachmittags empfing der Reichspräsident den argentinischen Außenminister. Der Reichspräsident überreichte Minister Gallardo beim Abschied sein Bild mit Unterschrift in silbernen Rahmen.

Wie angekündigt, fand abends in der Villa Dr. Stresemanns ein Diner statt, an dem Dr. Stresemann infolge seiner Erkrankung nicht teilnehmen konnte. Neben der Hausfrau versah daher Staatssekretär von Schubert die Pflichten des Gastgebers. U. a. waren anwesend: Staatsminister a. D. Dr. Böllig, Prof. Einstein, Generalmusikdirektor Kleiber, die Professoren Hartmann und Umber.

Vom Bau des Völkerbundsgebäudes. Das Fünferkomitee der Architekten, das ein endgültiges Projekt für das neue Völkerbundsgebäude und die Bibliothek ausarbeiten soll, hat, wie aus Genf gemeldet wird, am Freitag nachmittag seine Arbeiten begonnen. Die Arbeiten des Komitees sollen soviel als möglich gefördert werden, und man hofft, daß das endgültige Projekt frühzeitig genug fertiggestellt werden könne, um es nach der Annahme durch das Komitee dem Völkerbundsrat in der Märzsession zur Genehmigung zu unterbreiten.

„Die Farbe im Stadtbild“

Zur Karlsruher Ausstellung im Badischen Landesgewerbeamt

Wie das Drängen einer neuen Zeit auf so vielen Gebieten des Lebens und der Wirtschaft sich bemerkbar macht, so kommt es vor allem auch zum Ausdruck bei Dingen, die auf unser Auge wirken, sei es Baukunst, Bildhauerei oder Malerei, sei es Ingenieurbau oder sonst ein Schaffensgebiet, dessen Erzeugnisse sich irgendwie verkörpern.

Dieses Drängen äußert sich in den letzten Jahren wachsend daher auch bei der Farbgebung unserer Straßenbilder — in einer leider allerdings nicht immer glücklichen Weise. Es ist durchaus nicht neu, Gebäuden ein farbiges Kleid zu geben, denken wir nur an die Vielfarbigkeit der griechischen Tempel, denken wir an mittelalterliche Kirchen, Rathäuser und an das bürgerliche Wohnhaus, an die anerkannt eindrucksvolle Ausrüstung der Farbenfreudigkeit des Barock, dessen kräftig gezeichnete Fronten unserm Verständnis erst wieder seit eingehendem Studium neu näher gebracht wurden.

Das Problem der Farbe im Stadtbild und das Streben nach befriedigenden Lösungen gab Veranlassung zur Gründung des Bundes zur Förderung der Farbe im Stadtbild, Sitz Hamburg, der in verdienstvoller Weise sich bemüht, in einer Wanderausstellung die Allgemeinheit und insbesondere die Fachwelt mit den Möglichkeiten und den Wirkungen der Farbgebung im Stadtbild vertraut zu machen. Den Karlsruher Veranstaltungen war vor allem daran gelegen, der Allgemeinheit den heutigen Stand der Frage der farbigen Architektur auch hier zu zeigen, ohne damit alles Gebotene als vorbildlich und auf badische Verhältnisse übertragbar hinstellen zu wollen.

Man hat längst erkannt, daß die Frage der Farbe bei Gebäuden im Straßenzug und beim freistehenden Einzelhaus nicht so leicht lösbar ist wie viele Laien und auch der ausführende Handwerker schlechthin annehmen, die da in vielen Fällen glauben, es heißt bloß: anstreichen in der Farbe, die dem Hausbesitzer oder Tündermeister gerade gefällt!

Die in der Ausstellung gezeigten Beispiele können weder ohne weiteres kopiert, noch ganz beliebig und ohne gefühlsmäßige Prüfung blind an ganz beliebigen Stellen irgend eines Ortes und an jedem beliebigen Orte verwendet werden. Man wird in einer, noch mehr in einer mittelalterlichen Geprägten Stadt ganz anders vorgehen können, als in einer modernen Stadtanlage. Es lassen sich trotz bestehender, ansehnlicher Harmoniegesetze für die Farbe im Stadtbild eben gewisse rezeptartige Regeln aufstellen, weshalb die Ausstellung außer der Übersicht, die sie geben soll, lediglich nur Anregungen vermitteln will, aber keine Vorbilder zu irgendwelchen schematischen Anwendungen abgeben kann.

Die Lage der älteren Angestellten

Dem Reichstag ist vom Reichsarbeitsministerium auf Grund einer Reichstagsentscheidung eine Denkschrift über die Lage der älteren Angestellten zugegangen.

Wegen Maßnahmen, wie die Meldepflicht, Beschäftigungsverpflichtung und die Schaffung eines Abschlagsgeldes für entlassene Angestellte wird auf zahlreiche Bedenken verwiesen. Eine ungünstigere Lage hinsichtlich des Umfangs der Erwerbslosigkeit sei zwar gegenüber den jüngeren Angestellten, aber nicht gegenüber den älteren Arbeitern gegeben. Ob unter diesen Umständen erweiterte Sondermaßnahmen zugunsten der älteren Angestellten gerechtfertigt sind, werde der Reichstag zu entscheiden haben. Der Zweck der Denkschrift sei, den gesetzgebenden Körperschaften das Material für ihre Entscheidungen zu liefern. Eine Milderung des Notstandes hätte zweifellos die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung gebracht, die Umschulungsmaßnahmen, der Kündigungsschutz, die Ausdehnung der Erwerbslosenfürsorge und der Arbeitslosenversicherung, die Beschäftigung bei Notstandsarbeiten usw.

Mit neuen Zwangsmaßnahmen einzugreifen, würde erst gerechtfertigt sein, wenn alle übrigen Mittel versagen. Hierzu gehören vor allem berufspolitische Maßnahmen, unter denen der Ausbau der Angestelltenvermittlung durch die neue Reichsanstalt an erster Stelle steht. Zugunsten der älteren Kräfte werde sich auch die Tatsache auswirken, daß der Nachwuchs in den Angestelltenberufen erheblich geringer geworden sei. Die Bemühungen der Verbände auf dem Gebiete der Altersversorgung und in anderen Fragen vermeiden die Gefahren, die mit neuen gesetzlichen Sonderbestimmungen notwendig verbunden sind. Die Reichsregierung ist bemüht, die bestehenden Einrichtungen in jeder Hinsicht weiter auszubauen.

Der Gewerkschaftsring zum Straßengesetzwurf

Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände begrüßt in einer Entschließung den Regierungsentwurf des allgemeinen deutschen Straßengesetzbuches. Er vermischt jedoch in ihm eine klare Sicherstellung der verfassungsmäßig gewährten Koalitionsfreiheit gegen Versuche zu ihrer Unterdrückung durch Anwendung einzelner Strafbestimmungen, die einer beherrschbaren Auslegung fähig sind. Der Gewerkschaftsring fordert deshalb einen Zusatz, der klar zum Ausdruck bringt, daß die mit einem Arbeitskampf verbundenen normalen Kampfhandlungen nicht rechtswidrig sind. Die Strafbestimmungen in den §§ 280, 288 und 289, die den Arbeitskampf in den sogenannten gemeinnützigen Betrieben betreffen, bezeichnet die Entschließung als zu hoch. Insbesondere vermischt der Gewerkschaftsring im Entwurf Strafbestimmungen zum Schutze der Arbeiterschaft gegen Ausbeutung und gegen Behinderung der Freiheit der Arbeiterschaft. Der Gewerkschaftsring fordert, daß der Entwurf in entsprechender Weise seine Ergänzung findet.

Millionenbeschlagnahme bei der Pariser Sowjethandelsvertretung

Der Vorsitzende des Handelsgerichts des Seine-Departements in Paris hat einen von etwa 30 Pariser Banken und Kreditinstituten gestellten Antrag auf gerichtliche Beschlagnahme bis zum Betrage von 20 Millionen gegen die Handelsvertretung der Sowjetrepublik genehmigt. Dieser Spruch wurde auf Grund folgenden Tatbestandes gefällt: Das Raphta-Syndikat, das Handelsorgan der Sowjetrepublik hatte in Barcelona befindlichen spanischen Gesellschaft „Banca Armas“ das Einfuhr- und Verkaufsmonopol für russisches Petroleum in ganz Spanien abgetreten. Trotz einer obligatorischen Schiedsgerichtsklausel im Falle eines Streitfalls kündigten die Sowjets diesen Vertrag, verhandelten mit einer anderen spanischen Gesellschaft und teilten dieser Petroleumschiffe zu, die schon von der Banca Armas geladen worden waren.

Die Gültigkeit der heftigen Wahlen. Die Entscheidung des heftigen Staatsgerichtshofes über den Einspruch gegen die Gültigkeit der Landtagswahlen ist nunmehr bestimmt am 21. oder 22. Januar zu erwarten. Die vorläufigen Verhandlungen, die in der Versammlung der Antragssteller bestehen, haben bereits durch den Referenten des Staatsgerichtshofes, Oberlandesgerichtsrat Altendorf, begonnen. Erst nach der Entscheidung soll die Regierungsabteilung in Angriff genommen werden.

Der amerikanische Antitriegsvorschlag

Die Antwort der Vereinigten Staaten in der Frage des Antitriegspaktes an Frankreich ist laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ auch der deutschen Botschaft in Washington in Abschrift zur Kenntnis gegeben worden. Mit dieser diplomatischen Handlung, so bemerkt das Blatt dazu, haben die Vereinigten Staaten von Amerika noch einmal den in ihrer Note an Frankreich bekundeten ehrlichen Willen unterstrichen, die Bestrebungen zur Sicherung des Friedens der Welt auf alle Mächte auszudehnen. In Deutschland wird dieser gute Wille Amerikas ohne Einschränkung anerkannt und begrüßt werden, in der Hoffnung, daß die Initiative des französischen Außenministers und die Antwort des Staatssekretärs Kellogg über alle Schwierigkeiten hinweg dazu helfen mögen, den wahren Frieden herbeizuführen, für den Deutschland schon so große Opfer gebracht hat. Das ist der einzige Gesichtspunkt, unter dem Deutschland an der Weiterentwicklung der Frage interessiert ist.

Brands Antwortschreiben an Kellogg auf dessen Vorschlag, daß die eventuelle Verständigung, anstatt auf Amerika und Frankreich beschränkt zu bleiben, auf die anderen Mächte ausgedehnt werde, ist Freitag abend in Washington überreicht worden. Hadas zufolge regt Brand seinerseits an, daß der amerikanische Vorschlag in der Weise ergänzt werden kann, jeden Angriffskrieg als Mittel der nationalen Politik zu ächten und nicht jeden Krieg schlechthin, was sich sonst auch auf Maßnahmen defensiver Art beziehen würde. Brands Antwort, die den Vertrag also auf Angriffskriege zu beschränken wünscht, wurde in Washington durchaus ungünstig aufgenommen. Man wies darauf hin, daß Brand jetzt plötzlich seinen eigenen Vorschlag vom 6. April erheblich einengte, und daß, wie in Washington wiederholt bekanntgemacht worden sei, bisher eine allgemein befriedigende Definition des Begriffes Angriffskrieg nicht gefunden werden konnte. Wenn Brand, dessen Vorschlag mit dem Kelloggs identisch war, jetzt sein Anerbieten zurückziehe und sich auf das verhältnismäßig Gebiet der Angriffskriege beschränke, so sehe man hier wenig Aussicht für den Abschluß eines wirklich brauchbaren Vertrages zur Achtung des Krieges.

Die Gehaltsbewegung bei den französischen Eisenbahnen. Der französische Minister für öffentliche Arbeiten, Lœu, hat den Direktoren der französischen Eisenbahngesellschaften schriftlich mitgeteilt, daß er mit Ermächtigung des Ministerrates die Eisenbahndirektionen auffordert, über die am 23. Dezember vorgenommene Anpassung der Gehälter der höheren und mittleren Beamten an die Teuerung hinaus auch die berechtigten Ansprüche des Eisenbahnpersonals auf Anpassung der Löhne an die Teuerung zu berücksichtigen und diese Frage in einer Weise zu lösen, die mehr der allgemeinen Politik entspreche, die die Regierung für die Staatsbeamten befolge.

Verschiebung der Sowjetwahlen. Im Hinblick auf die Gesuche einzelner verbündeter Republiken hat, wie aus Moskau gemeldet wird, das Präsidium des Zentralerekutivkomitees der Sowjetunion dazu aufgefordert, die Wahlen zu den Sowjets bis zum Herbst 1928 aufzuschieben. „Iswestija“ erklärt, der Hauptgrund der Gesuche um Aufschub der Wahlen sei das zeitliche Zusammenfallen einiger wichtiger Kampagnen, der Wahlkampagne der Genossenschaftsorgane, der Getreidebeschäftigungskampagne und anderer, wodurch die Durchführung einer so breiten Kampagne wie die der Sowjetwahlen erschwert wird.

Kurze Nachrichten

Der neue Berliner Generalsuperintendent. Der Kirchensynodalrat der evangelischen Kirche der altpreußischen Union in Berlin hat Oberkonsistorialrat D. Karow als Nachfolger von Bischof D. Burgart zum Generalsuperintendenten von Berlin gewählt.

Der Verein für das Deutschtum im Ausland. Deutscher Schulverein e. V., weist in einer Mitteilung darauf hin, daß die durch eine Zeitungsnotiz bekannt gewordenen Vertretungen nicht beim VDA, sondern bei einem anderen, in keinerlei organisatorischer Beziehung zum VDA stehenden Verbands erfolgt sind.

Die Farbe im Stadtbild ist eine reine Gefühlssache, bei der der Anwender vor allem zu eigenem Vorteil sich seiner Nachbarschaft anpassen soll. Sein Verdienst soll nicht sein, jeden Vorübergehenden zum Nachteil seiner Umgebung mit allzu lauten Farben anzufahren: „hier bin ich!“, sondern eine behagliche, wohltuende, sich empfindende, nicht beleidigende Tönung wird ihm stets größere Anerkennung bringen als ein freches Farbgebaren durch Knalligkeit und Verleugnung aller Wohlerzogenheit.

Die Besucher werden auf dem Wege über historische Beispiele im Eingangsraum zunächst in den Stoff eingeführt. Die farbigen Aufnahmezeichnungen und photographierten Wiedergaben der Fassadenmalereien vom Bruchsaler Schloß und dem Schloßchen im Parkengarten, Karlsruhe, bieten bestes Studienmaterial und beweisen die Genauigkeit des Vorgehens bei den erfolgten Restaurierungsarbeiten. Ein Stadtbild und die Scharhausfassade Augsburgs sowie deren prächtiges Einzelblatt geben einen sehr lebendigen Eindruck der alten Fassadenmalereien und des status quo des Aufnahmestandes wieder. Die Bunttheit der Architekturbehandlung der Renaissancezeit lassen die Bilder des 1924 neu in Farben gesetzten Geeraer Rathauses und seines Portalbildes erkennen.

Es folgen Beispiele von Holz- und Holzarbeitfronten im Sinne der jeweiligen Stilperioden und deren Auswirkung in Mittel- und Norddeutschland.

In der Lichtstube lassen die ausgestellten Beispiele eines unzerer hiesigen, anerkannt farbeninnigsten Künstler ein schon mehr als 20jähriges Wirken seiner Untersuchungen und farbengefühlsmäßigen Überlegungen auf dem Gebiet der Farbe im Ortsbild und Landschaft erkennen. Er zeigt, wie in ganz natürlich gefühlter Weise in allen Ländern die Gebäude im Aufbau und Farbe mit der Umgebung verwachsen sind und hierdurch überzeugend gut wirken. Nur so entsteht Harmonie und wahre, fein gefühlte Kunst. Die Farbe wird dabei von ihm, dem sie Lebenselement bedeutet, nicht abgelehnt, doch regen seine Beispiele zu scharfer Prüfung aller Einzelheiten ungeniebt an, auf die bei der Entschleierung zur Anwendung von der oder jener Farbe an dem und jenem Platz Rücksicht genommen werden mußte. Mit Interesse verfolgt der Besucher, wie sich der Künstler mit der Farbe der Straße und den Fassaden, mit dem Festschmuck, mit der Hausfarbe und dem Schaufenster, mit Fassadenanstrich und Innenraum usw. auseinandersetzt, wozu er sich bildlicher, durch textliche Hinweise erläuteter Beispiele bedient, die auch den feinsten Stürmer für Bunttheit auf alle Fälle ernsthaft zum Nachdenken bringen müssen und auf die durch ganz unüberlegtes und gewissenloses Anstreichen geschaffenen Schwierigkeiten hinweisen. Zurückhaltung in den Farben über auch eine größere Zahl anderer, süddeutscher Arbeiten und wertvolle Lehrmethoden, die gerade an die vielfach als Aufgabe gestellten farbigen Lösun-

gen ganz einfacher, schlichtester Häuserfronten in ihrer Aneinanderreihung herangehen.

Sehr interessant sind die verschiedenen Ergebnisse der farbigen Behandlung von gleichen Architekturen, wie sie teils von Lehranstalten, teils von Wettbewerbenden herrühren, von denen verschiedene nach Art von Bauungsplänen die farbige Gestaltung für einen ganzen Platz oder für Straßenfronten in nicht immer ganz einwandfrei erscheinender Weise bestimmen.

Die Darbietungen gewinnen an Interesse, weil die Ausstellung sich auf das ganze Reichsgebiet erstreckt, der Besucher sich auch mit hierzu zulaufenden weisensfremden Architekturen befaßt lernt und auch ureigene badische Sonderfragen farbig behandelte Stadtbilder, wie z. B. Weersburg u. a., und Gebäudegruppen teilweise recht glücklichen Lösungen zugeführt erscheinen.

Im allgemeinen fällt auf, daß die norddeutschen Beispiele weit tiefer und kräftiger in den gewählten Tönen gehalten sind, als unsere süddeutschen Proben farbiger Architektur — Ausnahmen sind natürlich beiderseits zu finden. Die von einer Schule gewählte Methode des versuchsweisen Wechsels von farbigen Behandlungen einer Fassade von der Wäse aus unmittelbar nebeneinander gestellt auf den Fassadenhälften ist eine verteilte Sparmaßnahme und kann niemals ein richtiges Bild geben, da die unermittelt nebeneinanderstehenden Farben sich gegenseitig stören.

Im übrigen ist bei den verschiedenen Beispielen vom Fachmann zu beachten, daß die Darsteller von farbigen Fassaden in den wenigsten Fällen den unmittelbar in Wirklichkeit aufzutretenden Farben darboten, sondern nur die von ihnen erstrebte Wirkung im Stadtbild wiedergeben wollten, welcher aber in Ton- und Farbwerten andere Farben zugrunde liegen, als wie sie auf dem Papier aussehen.

Wir bemerken, daß der normale Bestand der Wanderausstellung durch zahlreiche Beispiele für Fassadenanstriche und für Gestaltung von Werbeaufschriften in sehr dankenswerter Weise von der Direktion der staatlichen Kunstgewerbeschule Stuttgart, von der Architekturabteilung der hiesigen Technischen Hochschule, vom Staatstechnikum hier und der Gewerbeschule Karlsruhe bereichert wurden.

Wenn die Ausstellung der Allgemeinheit für die Fragen der Farbe im Stadtbild die Augen öffnet und ein gewisses Gefühl dafür erweckt, so wird dieses erst recht von den Verursachungsmitgliedern der Malerfächer zu erwarten sein, und es werden auch die Hochschulen und Schulen aus dem Geschulten Anregungen und Nutzen und manche Lehre ziehen, und ein gewisser idealer und direkter Erfolg der Ausstellung dürfte nicht ausbleiben.

Das wünscht für unser liebes Badener Land Otto Binde.

Verschiedenes

Stürme und Überschwemmungen
Stürme und Unwetter haben in Süddeutschland und Westdeutschland erheblichen Schaden angerichtet, so in München und in Wien.

Der Sturm, der am Freitag über fast ganz England und Irland segelte, war einer der heftigsten, der in den letzten Jahren herrschte. Am schlimmsten wütete er in Nordostengland, wo der Wind zeitweilig eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 85 Meilen in der Stunde hatte.

Die Berliner Explosionskatastrophe.
Wie die polizeilichen Feststellungen jetzt ergeben haben, ist es sicher, daß 11 Personen getötet wurden und 4 noch vermisst werden.

Die Untersuchung hat ergeben, daß die Ammoniatmaschine der Kühltanlage, die von einem Motor angetrieben wird, vollkommen unbeschädigt geblieben ist. Das Ammoniat selbst ist nicht explodiert, dagegen zeigen die angerichteten Verwüstungen das typische Bild der Leuchtgasexplosion so, wie die Feuerwehr es aus zahlreichen anderen Fällen kennt.

Europa-Rundflug zweier deutsch-amerikanischer Flieger.
W.W. Wien, 7. Jan. (Tel.) Gestern sind die deutsch-amerikanischen Piloten Willibald Albert Sempel und Georges Kern bei schlechtem Wetter auf ihrem Europaflug auf dem

Flugfeld in Alpen gelandet. Der Zweck ihres Fluges ist, die Möglichkeit zu zeigen, auch mit einem leichten Motorflugzeug die schwierigsten Flugstrecken zu bewältigen.

Eine deutsche Fliegerin verunglückt.
Dr. Berlin, 7. Dez. (Tel.) Frau von Schöberger-Kranefeld, eine der wenigen deutschen Fliegerinnen, ist nach einer Meldung der „Voss. Zig.“ gestern in Leipzig lebensgefährlich abgestürzt.

Ein amerikanisches Flugzeugmutter Schiff.
Das 888 Fuß lange Riesenflugzeugmutter Schiff „Saratoga“, dessen Bau mehr als 40 Millionen Dollars gekostet hat, hat von Philadelphia aus seine Jungfernfahrt nach der Westküste angetreten.

Erdbeben.
W.W. Washington, 7. Jan. (Tel.) Vom Seismographen der Universität Georgetown wurde gestern um 3.36 Uhr nachmittags ein starker Erdstoß verzeichnet, dessen Herd 6200 engl. Meilen von Washington entfernt sein dürfte.

Handel und Wirtschaft
Berliner Börsennotierungen

Table with 4 columns: Location, 7. Jan. (Bid/Ask), 6. Jan. (Bid/Ask). Includes Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Wien, Prag.

Süddeutsche Ruder- u. G. Mannheim. In der Generalversammlung wurde gemäß dem Antrage des Aufsichtsrates beschlossen, aus dem Reingewinn von 3 286 754 M eine Dividende von 8 Proz. auf die Stammaktien und 7 Proz. auf die Vorzugsaktien zu verteilen.

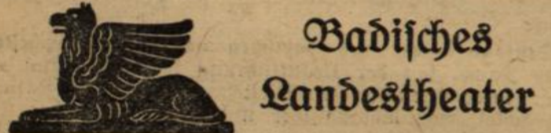
Brauereigesellschaft vorm. R. Schrenck & K. Brink u. G. Die Gesellschaft weist bei 2,97 Mill. Reichsmark Kapital nach 240 496 M (i. R. 207 945) Abschreibungen einen wenig veränderten Reingewinn von 879 460 M (377 369) auf.

Die Rheinschiffahrt im Dezember 1927. In der ersten Hälfte des Monats führte das ständig fallende Wasser in Verbindung mit häufigem Nebel und den kurzen Tagen zu einer außerordentlichen Verlangsamung der Ausfuhr von Brennstoff zum Oberrhein.

Staatsanzeiger

An die Herren Landeskommissäre — Oberauschüsse für Vorzugsrenten — sowie sämtliche Bezirksfürsorgestellen — Ausschüsse für Vorzugsrenten.

Gewährung von Vorzugsrenten, hier Ländervorzugsrenten. Der Reichsminister der Finanzen hat durch eine Verordnung vom 27. Dezember 1927 bestimmt, daß im Vorzugsrentenverfahren bei der Feststellung des Einkommens, das ein im Saargebiet mohnender Anleihegläubiger während des Jahres 1927 gehabt hat, 1 Reichsmark 6 Francs französischer Währung gleichzustellen ist.



Badisches Landestheater
In der Städtischen Festhalle.
Montag, den 9. Januar 1928.
Th.-Gem. 301-400 und 2. S.-Or.
5. Sinfonie - Konzert
des Badischen Landestheater-Orchesters

Leinwäber
ohne Naht, feinfädige, schneeweiße, leinene, garantiert la Ware, fehlerlos, welche ich für Erzeugungspreis ausverkaufe.

Bekanntmachung.
Der am 1. Februar 1928 fällige Zinschein Nr. 10 zur Teilschuldverschreibung unserer 9 1/2%igen Kohlenwertanleihe gelangt bei den in den Anleihebedingungen näher bezeichneten Stellen mit 0,44 M für 17,50 M bzw. 1 Tonne Kohle zur Auszahlung.

Freihändler Weinheim. R. 269
Güterrechtsregistereintrag Band I S. 4-6: Eug. Johann, Zementeur in Weinheim, u. Pauline geb. Benz, Vertrag vom 31. Dezember 1927, Gütertrennung.

Badische Bank
Mannheim — Karlsruhe
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

TH. und O. HESSIG
Telephon 105 Karlsruhe i. B. Hirschstr. 40
G. 768 Gegründet 1878
Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau
Asphaltierungen
Neuzeitlicher Straßenbau
Spezialität: Solidität-Betonstraßen D.R.P.

Der freigewordene Kammerdiener im VI. Kreisbezirk Pforzheim (Dillweihenheim) ist neu zu besetzen. Der Bezirk umfaßt den Vorort Dillweihenheim und die Gemeinden Buchenfeld, Wirm, Büchsenbrunn, Sambera, Hohenwart, Steinegg, Schellbrunn, Tiefenbrunn, Mühlhausen, Lehningen, Neuhäuser und Dietlingen.

Aushilfsstelle.
Infolge der Erkrankung des Stadtrechners benötigen wir für die Stadtkasse eine Dienstaushilfe voraussichtlich auf die Dauer von 6 Monaten. Geeignete, im Gemeinderechnungswesen erfahrene Bewerber wollen sich sofort melden. Vergütung nach Vereinbarung.

Der Gemeinderat:
Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Badisches Landestheater
Sonntag, 8. Januar 1928
Nachmittags 15 Uhr
Max und Moritz
Nach Wilhelm Busch von Leopold Günther Musik von Fritz Beder

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599
Täglich ab 8 Uhr
Sonn- und feiertags 4 u. 8 Uhr
REVUE
Wien und die Wiener

Leichenwagen
Lieferer als Spezialität
Korher Fahrzeugwerke
Lorch Nr. 9, Württemberg

Verlangen Sie unser billiges erstklassiges Flaschenbier in allen einschläg. Geschäften
FÜRSTENBERG-BRÄU (hell) ST. ANTONIUS (dunkel)
Niederlage Karlsruhe, Kaiser-Allee Nr. 25
Telephon 3191